

Beschluss des Landrats vom 01.09.2022

Nr. 1642

6. Petition «Hygienemittel für Frauen»
2022/220; Protokoll: gs, ps

Nr. 1643

7. Notfallkits an Baselbieter Schulen
2021/591

Kommissionspräsident **Heinz Lurf** (FDP) sagt, der Kommissionsbericht sei am 22. August 2022 aufgeschaltet worden. Schülerinnen und Schüler der Sekundarschule Zwingen haben eine im Rahmen einer Projektarbeit lancierte Petition mit 162 Unterschriften eingereicht – sie verlangt eine kostenlose Abgabe von Hygienemitteln in Schulen und Apotheken im Kanton Basel-Landschaft. Weiter kann man im Petitionstext lesen: «Sollte das Anliegen nicht vollumfänglich umgesetzt werden können, wäre es den Petentinnen und Petenten wichtig, dass zumindest an den Schulen eine kostenlose Abgabe von Hygienemitteln stattfindet.» In den Schulen soll also eine Art Notfall-Kit vorhanden sein.

Die Petition wurde an den Kommissionssitzungen vom 24. Mai und 21. Juni 2022 behandelt. An der ersten Sitzung wurde eine Delegation der Petentinnen und Petenten – zwei junge Schülerinnen – empfangen. Sie wurden von ihrem Klassenlehrer begleitet. Für die zuständige BKSD hat sich deren Generalsekretär zum Anliegen geäussert. Das Eintreten auf die Petition war unbestritten. Das Anliegen ist für den Landrat nicht neu. Er hat bereits im Juni 2021 – dies noch in den Hallen der Messe Basel – ein Postulat zum Thema Hygieneartikel an kantonalen Schulen diskutiert. Es entwickelte sich damals eine längere Diskussion – das Ansinnen wurde letztlich relativ knapp abgelehnt. Die Petentinnen und Petenten wurden also angehört; die Kommission hat dies auch sehr ernst genommen. Das Votum der Petentinnen und Petenten wurde entsprechend gewürdigt. Dabei wurde klar, dass die Kommission in einem ersten Schritt einen einfachen, niederschweligen Zugang zu Hygienemitteln an den Schulen sehr begrüssen würde. Eine Gratis-Abgabe in den Apotheken – das wäre auch ein Eingriff in die freie Marktwirtschaft – stand weniger im Zentrum des Interesses.

Die Mitglieder der Petitionskommission beurteilen das politische Engagement der Schülerinnen und Schüler sehr positiv. Es war mutig, nach Liestal zu kommen, um das Anliegen vor einer Kommission vorzutragen. Gleichzeitig hat man festgestellt, dass die Thematik mit dem erwähnten Postulat bereits im Landrat diskutiert wurde, wobei dessen Forderung aber abgelehnt wurde. Die nun vorliegende Petition hat zwei Forderungen. Einerseits wird eine kostenlose und gesamtheitliche Abgabe von Hygienemitteln in den Schulen und Apotheken verlangt – andererseits gibt es auch eine abgeschwächte Variante, wonach eine niederschwellige und gut erreichbare Abgabe in den Schulen für alle etabliert wird, welche dieses Bedürfnis haben. Im Zeitpunkt der Beratung hatte man aber bereits das Postulat 2021/591 («Notfall-Kits an Baselbieter Schulen») vorliegen. Das hat dazu geführt, dass die Petitionskommission kein eigenes Postulat formuliert hat. Sie hat gesagt, es mache Sinn, dass man das Anliegen betreffend Notfall-Kits nochmals überprüft, dieses sauber abklärt und auch schaut, welche Kosten damit verbunden sind. Allenfalls könnten solche Notfall-Kits nicht erst an den Sekundar-, sondern auch an den Primarschulen abgegeben werden. Wie gesagt: Es steht vorab die niederschwellige Bezugsmöglichkeit im Vordergrund. Diese Überlegungen haben dazu geführt, dass die Petitionskommission mit 6:0 Stimmen ohne Enthaltungen beantragt, die Petition zur Kenntnis zu nehmen. Mit dem gleichen Stimmenverhältnis wird zweitens empfohlen, das Postulat zu überweisen (die verbundene Behandlung war ja unbestritten).

://: Eintreten auf die Petition ist unbestritten.

Der Regierungsrat ist bereit, das Postulat 2021/590 entgegen zu nehmen, sagt Landratspräsidentin **Lucia Mikeler Knaack** (SP). Eine Beratung findet gemäss Geschäftsordnung nur statt, wenn ein gegenteiliger Antrag gestellt wird.

Anita Biedert (SVP) sagt, dass die Mehrheit der SVP-Fraktion das Postulat auch an der heutigen Sitzung ablehnt. Bei Anfragen in verschiedenen Sekundarschulen querbeet durch den Kanton war es auffällig, dass lediglich das Sekretariat einer Sekundarschule gesagt hat, dass eine Schülerin wegen fehlender Hygieneartikel in Not geraten ist. Es soll nichts unterstellt werden – aber es könnte sein, dass der Vorstoss auf einem Einzelfall beruht (was aber nicht belegt werden kann). Fakt ist aber: Die Sekretariate haben Reserve-Kits. Das funktioniert sehr gut. Eine freie Zugänglichkeit wird aber seitens der SVP in Frage gestellt – und zwar in Bezug auf die Selbstbedienung und das Hamstern, allenfalls auch den Weiterverkauf, was in anderen Kantonen, welche den Versuch gemacht haben, festgestellt wurde. Es gibt eine einfache Lösung: Die Schülerinnen haben in der Schule schlicht Reserve-Hygieneartikel dabei. Damit wird die individuelle Verantwortung angesprochen. Dem Argument, eine überraschende Monatsblutung könnte die Schülerinnen in Not bringen, kann individuell mit einer persönlichen Reserve und dem persönlich gewählten Produkt begegnet werden. Zumal von einigen Sekretariaten zu hören war, es sei moniert worden, dass nicht alle Produkte vorhanden seien. Man hat die Reserve am besten dabei – wie auch das Handy. Zum Schamgefühl, das im Vorstoss angesprochen worden ist, soll kurz auf das Projekt «Mein Körper gehört mir» hingewiesen werden. Es wird in allen dritten Klassen vorgestellt. Dabei werden alle Ausdrücke betreffend den Intimbereich thematisiert. Damit wird den Kindern eine gewisse Scham genommen; auch wenn dies nie gänzlich möglich ist. Die Kinder haben damit aber eine gewisse Sicherheit in dieser Thematik.

Die SVP-Fraktion ist klar der Meinung, dass eine Gratisabgabe nicht Sache der öffentlichen Hand ist. Zum Schluss sei erwähnt, dass die Schulen ja teilautonom sind und die Angelegenheit bestens in Eigenverantwortung wahrnehmen können. In diesem Sinne soll das Postulat abgelehnt werden.

Miriam Locher (SP) bedauert diese Ablehnung – zumal die Petitionskommission, in welcher die SVP ebenfalls vertreten ist, das Anliegen einstimmig durchgewunken hat. Deren Vertretung in der Kommission hatte direkt mit den Schülerinnen zu tun. Umso mehr ist es zu bedauern, dass die SVP-Fraktion zu einem anderen Schluss gekommen ist. Heinz Lurf hat bereits an die letzte Debatte erinnert. Die Rednerin kann sich gut daran erinnern – es ging teils unter die Gürtellinie. Vor allem aber soll heute daran erinnert werden, dass man damals stark beim Notfallaspekt verblieben ist – er war unbestritten, auch seitens der SVP-Fraktion. Man hat gesagt: Doch, dieser Notfallaspekt muss berücksichtigt werden; es muss zugängliche Hygieneartikel geben. Umso mehr irritiert es, dass das Anliegen jetzt – wenn nicht mehr die Forderung im Raum steht, es solle auf allen WCs Hygieneartikel haben – dennoch boykottiert wird. Es ist eine Illusion, dass eine Niederschwelligkeit gegeben ist. Das haben die Schülerinnen erwähnt. Es gibt sicher an allen Schulen Hygieneartikel, aber man muss trotzdem danach fragen. Das ist der Kritikpunkt der Rednerin – und auch der Schülerinnen. Es geht darum, einen Ort zu haben, an dem man die Hygieneartikel holen kann – ohne extra zu jemandem gehen zu müssen. Vielleicht ist das Sekretariat ja auch geschlossen. Oder die Vertrauenslehrerin oder der Vertrauenslehrer sind nicht vor Ort; man muss dieser Person dann nachrennen. Es ist wichtig für die Jugendlichen, dass sie die Gewissheit haben, dass es einen Ort gibt, wo sie die Hygieneartikel holen können. Es ist ausserdem anmassend, wenn davon ausgegangen wird, dass Schülerinnen Tampons oder Binden hamstern und damit dealen. In einer solchen Situation ist es das Letzte, was einem einfällt. Es geht darum, dass man in einer Notfallsituation einfach zugänglich einen Kasten öffnen, etwas herausnehmen und sich dann wieder sicher fühlen kann.

Die Vorrednerin hat gesagt, sie habe eine Umfrage gestartet. Solchen Umfragen steht die Rednerin immer etwas kritisch gegenüber, weil sie in erster Linie unseriös sind – man kann keine seriöse Umfrage machen, wenn man persönlich herumtelefoniert. Man müsste eine grosse Zahl an Jugendlichen im Kanton befragen und schauen, was sie meinen. Dass Angestellte auf einem Sekretariat oder auch Lehrerinnen und Lehrer sagen, es sei alles ohne Probleme zugänglich, liegt auf der Hand. Es wäre komisch, wenn sie sagen würden, es liege ein Problem vor. Es ist bezeichnend, dass die Schülerinnen gesagt haben, es sei schwierig. Die jungen Frauen haben in der Petitionskommission geschildert, dass ein Problem vorliegt. Der Landrat hätte die Möglichkeit zu prüfen, wie man Notfall-Kits einfach zugänglich machen kann. Dass man dem Anliegen ablehnend gegenüber steht, ist wirklich nicht zu verstehen. Das Projekt «Mein Körper gehört mir» findet zwar in allen dritten Klassen statt – dies alleine reicht aber nicht, um das Schamgefühl abzubauen. Man sieht immer wieder, dass man als Gesellschaft noch viel daran arbeiten muss. Wenn das Notfall-Kit dazu dient, dass Schülerinnen einfacher mit dieser Situation umgehen können, ist nicht ersichtlich, was dem Anliegen entgegen stehen könnte.

Nachdem die Petitionskommission das Postulat unterstützt hat, wird beliebt gemacht, diesen einfachen Schritt – der nicht mehr so weit geht, wie dies in anderen Gemeinden und Städten geschieht – zu machen. Es würde einigen Jugendlichen das Leben erleichtern.

Christina Jeanneret-Gris (FDP) sagt, dass die FDP nichts gegen die Überweisung habe. Notfall-Sets sollten tatsächlich zugänglich gemacht werden. Die zwei Schülerinnen haben offenbar grossen Eindruck hinterlassen. Nach dem Austausch mit Heinz Lerf hat sich die Fraktion zur Überweisung durchgerungen. Aber: Man will ein Preisschild. Auch soll darauf geachtet werden, dass kein Missbrauch betrieben wird. Der Landrat soll den Schülerinnen aber Gehör schenken und das Postulat überweisen.

Marco Agostini (Grüne) vertrat anfänglich die Meinung, das Problem (wenn es denn existiert) sei doch durch gegenseitiges Aushelfen lösbar. In der Petitionskommission haben Peter Brodbeck und Dominique Erhart von der SVP mit dem Argument zu überzeugen gewusst, dass das ganze Paket sehr niederschwellig und unkompliziert ist. Wenn man den Schülerinnen und Schülern dies vermitteln kann, sind keine Probleme zu sehen. Der Redner wird der Überweisung zustimmen. Die anfänglichen Überlegungen sind gelöscht.

Linard Candreia (SP) wollte an der ersten Sitzung nach der Sommerpause nichts sagen. Das geschieht jetzt doch. Das Thema ist zu ernst. Man hat einerseits eine Petition – und andererseits ein Postulat. Beide gehen in eine gleiche Richtung. Heinz Lerf hat es gut auf den Punkt gebracht: Die Schülerinnen waren sehr mutig, dass sie etwas Derartiges machen – was positiv zu werten ist. Was Anita Biedert zu allfälligen, auch alternativen Lösungen sagt, sollte man nicht jetzt behandeln. Das ist Teil des Prüfens und Berichtens im Rahmen der Beantwortung des Postulats. Vor allem soll den Schülerinnen ein Erfolg gegönnt werden. Sie sind dann auch ein Teil des Erfolgs. Das ist Staatskunde pur! Man muss ihnen dann auch erklären, was die Petition ausgelöst hat: Es gibt zwei Vorstösse – und die Schülerinnen sind am Erfolg mitbeteiligt. Der Redner äussert sich weniger materiell, sondern mehr psychologisch zur Sache: Man will ja Schülerinnen und Schüler, die politisch aktiv sind. In diesem Saal wurde immer wieder mehr Staatskunde gefordert. Hier gibt es nun ein gutes Beispiel. Wenn man ein falsches Zeichen setzt, klemmt man das gleich wieder ab. Das Postulat soll überwiesen werden; es ist lösungsoffen und niederschwellig.

Die Mitte/glp-Fraktion hat das Thema ebenfalls diskutiert, sagt **Markus Dudler** (Die Mitte). Was generell stört, ist, dass ein Schulthema, das dort gelöst werden kann, im Landrat diskutiert werden muss. Man muss es aber diskutieren, weil der niederschwellige Zugang zu Hygienemitteln als enorm wichtig für die jungen Frauen erachtet wird. Die Schulen haben natürlich eine andere An-

sicht. Jedes Alter hat seine eigenen Probleme, die als wichtig erachtet werden. Das muss man auch respektieren. Die Fraktion unterstützt die Überweisung des Postulats – und auch das Preisschild, das die FDP-Fraktion genannt hat; obwohl die Kosten nicht allzu hoch sein dürften.

Peter Brodbeck (SVP) führt aus, Miriam Locher habe darauf hingewiesen, dass das Geschäft in der Petitionskommission einstimmig verabschiedet worden sei. Aus dem Text, wie er nun von der Kommission vorliegt, geht nicht so klar hervor, dass die Petition verlangte, dass die Hygienemittel in den Apotheken gratis abgegeben werden sollen; und allenfalls – wenn dies nicht möglich ist – in den Schulen. Die Petitionskommission war einstimmig der Meinung, dies gehe zu weit. Diskutiert wurde darüber, wie niederschwellig das Angebot wirklich ist. Die Sache wird nicht überall gleich gehandhabt; es ist an einen Ort einfacher als an einem anderen. Deshalb kam die Kommission zum Schluss, man könnte im Kanton dafür sorgen, dass das Angebot niederschwellig vorhanden ist. Die SVP-Fraktion ist allerdings der Meinung, dass dies trotzdem zu einer Ausweitung und einer Gratisabgabe führen könnte. Deshalb: Wehret den Anfängen. Der Zugang soll möglich sein, wenn ein Notfall besteht. Dagegen hat auch die SVP-Fraktion nichts einzuwenden. Die Mehrheit der Fraktion ist aber der Meinung, dies sei heute bereits der Fall – und es sei keine Aufgabe des Landrats, auf diese Thematik einzugehen. Der Redner hat aber an der Petitionskommissionssitzung den Eindruck gewonnen, dass es nicht überall so einfach ist, die Hygieneartikel zu erhalten. Die Situation flächendeckend anzuschauen und eine Lösung zu finden, die einem niederschwelligen Angebot gerecht wird – das unterstützt der Redner. Das Postulat kann in diesem Sinne überwiesen werden. Aber es darf nicht der erste Schritt zu einer Gratisabgabe sein.

– *Beschlussfassung*

://: Die Petition «Hygienemittel für Frauen» wird mit 67:11 Stimmen bei 2 Enthaltungen zur Kenntnis genommen.

://: Das Postulat 2021/591 wird mit 56:18 Stimmen bei 6 Enthaltungen überwiesen.
